

LASST SIE NICHT DAVONKOMMEN! | VON ROLAND ROTTENFUSSER

Posted on 11. April 2022

Die Coronamaßnahmen sind derzeit nur scheinbar tot – wenn wir ihre Reanimation verhindern wollen, müssen wir das Geschehene schonungslos aufarbeiten.

Ein Standpunkt von Roland Rottenfußer.

Stell dir vor, es herrscht Freiheit, und keinen interessiert es! So mancher reibt sich in diesen Tagen die Augen, wenn er in Supermärkten sieht, dass die Mehrheit der Kunden noch immer Maske trägt, unter Augen, die ihn wie in schlimmsten Corona-Zeiten als Unmaskierten giftig anblitzen. Gerade in Deutschland benehmen sich die Menschen wohl nur dann ungezwungen, wenn ihnen Freiheit befohlen wird. Lässt man ihnen die Wahl – ihr könnt, aber ihr müsst nicht –, so wählen sie mit traumwandlerischer Sicherheit das Symbol ihrer Unterdrückung. Gleich Vögeln, die trotz offener Käfigtüre nicht selten in der schützenden Behausung hocken bleiben. Man sieht an diesem Beispiel: Es ist keineswegs vorbei, die Folgen der mentalen Umerziehung sitzen tief. Wer jetzt in seinen Anstrengungen nachlässt, das Corona-Regime zu entlarven und zu bekämpfen, wird sich nicht nur mit einigen Rest-Schikanen herumschlagen müssen – er riskiert auch, dass sich die Mächtigen ermutigt fühlen, dergleichen in naher Zukunft erneut zu inszenieren. Es ist in diesem Stadium der Krise also wichtig, dass wir „nachtragend“ sind – so unschön dieses Wort auch klingen mag. Wir müssen aufarbeiten, was geschehen ist, die entstandenen Schäden wieder und wieder thematisieren und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Ist ein Artikel über so ein Thema überhaupt noch zeitgemäß? Stehen jetzt nicht ganz andere Themen auf der Tagesordnung – Krieg vor allem? Schon Anfang März 2022 hat der Ukraine-Krieg „Corona“ als Medienthema fast vollständig verdrängt. Als ich mit meiner Frau an einem unserer lokalen „Spaziergänge“ gegen den Impfzwang und die furchtbare Entzweiung der Gesellschaft teilnahm, stießen wir auf ein kleines Grüppchen von Gegendemonstranten, maskenbewehrt und etwas eingeschüchtert wirkend. Ich wusste nicht, was genau sie wollten, vermutete aber, es handele sich um Menschen, die einfach Corona für weiterhin gefährlich, alle Maßnahmen somit für gerechtfertigt hielten. Auch solche Demonstrationen sind legitim. Aus der örtlichen Tageszeitung erfuhr ich dann jedoch, dass diese Menschen dagegen waren, dass in den Tagen des Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine überhaupt jemand gegen etwas anderes

demonstrierte als „gegen Putin“. Was uns umtrieb, so ließ ein Interviewpartner verlauten, seien „Luxusprobleme“.

Am 4. März 2022 ließ Augsburgs Oberbürgermeisterin [Eva Weber](#) verlauten:

„Ich bin schockiert und fassungslos, wie Menschen hier in Deutschland auf die Straße gehen können, um gegen eine angebliche Diktatur zu demonstrieren, während wir wenige Kilometer entfernt die grauenhaften Auswirkungen einer tatsächlichen Diktatur erleben. Das ist geschmacklos und verhöhnt die Menschen, die gerade schrecklich unter dem Krieg leiden.“

Weber gab zwar zu, dass Demonstrationen in Deutschland erlaubt sein müssten. Sie forderte aber zum freiwilligen Verzicht auf Freiheiten auf – aus Respekt:

„Respekt vor all jenen, die in der Ukraine für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung gerade ihr Leben lassen, Respekt vor all jenen, die hier in Augsburg um ihre Angehörigen und Freunde bangen, und Respekt vor all jenen, die sich auf der ganzen Welt gegen den Krieg engagieren. Deswegen appelliere ich an das Taktgefühl aller Augsburgerinnen und Augsburger und rufe Sie dazu auf, nicht an den geplanten Corona-Demonstrationen teilzunehmen.“

Demonstrieren als „Verhöhnung der Ukraine-Opfer“

Natürlich ist es weitaus schlimmer, zum Opfer eines Krieges zu werden, seinen ganzen Besitz, seine Heimat, liebe Angehörige, seine eigene körperliche Unversehrtheit und vielleicht das Leben zu verlieren. Aber meint die Oberbürgermeisterin im Ernst, man verhöhne die Opfer eines großen Verbrechens, wenn man sich gegen ein kleineres zur Wehr setzt? Will sie es für illegitim erklären, sich um ein immer noch bedrängendes Problem im Inland zu kümmern, solange irgendwo auf der Welt noch Schlimmeres geschieht?

Wenn sich diese Mentalität durchsetzen würde, käme dies einem dauerhaften moralisch verbrämten De-facto-Demonstrationsverbot gleich, einer öffentlichen Ächtung demokratischer Gegenwehr gegen einen übergriffigen Staat. Denn weder wäre den Opfern in der Ukraine geholfen, wenn wir uns einer drohenden

Impfpflicht und der Verewigung des Hygiene-Regimes willig hingäben, noch macht es wirklich Sinn, angesichts eines global gerade dominierenden politischen Themas alle anderen, speziell auch die regional oder national wichtigen, zu ignorieren. Dies käme einer noch weitergehenden thematischen Monokultur gleich, die der gefühlten und tatsächlichen Situation in Deutschland nicht gerecht würde.

Im Grunde müsste neben den zwei genannten Themen noch aus vielerlei weiteren Gründen demonstriert werden. So sind Armut, Altersarmut, Mietenwucher, das Artensterben, Flüchtlingselend und die grassierenden Depressionen und Angststörungen nicht besser geworden, während sich die Suchscheinwerfer der öffentlichen Aufmerksamkeit von ihnen wegbewegten.

Mit dem Demonstrieren aufzuhören, bis nirgendwo mehr auf der Welt Krieg ist – das bedeutete de facto das Ende allen Demonstrierens, denn irgendwo werden immer Menschen getötet, gefoltert, verstümmelt, ihrer Existenz oder ihrer Heimat beraubt.

Der Jemen-Krieg dürfte bis heute mehr als 300.000 Menschen das Leben gekostet haben. Die Situation im Gaza-Streifen und in Afghanistan ist noch immer katastrophal – um nur einige Beispiele zu nennen. Mit diesen Bemerkungen versuche ich nicht, „Putin zu entschuldigen“, vielmehr beschuldige ich Kräfte, bei denen sonst offenbar kaum jemand irgendeine Schuld vermutet.

Freiheit ist kein Luxusproblem

Im Kontrast zu besagten Gegendemonstranten und zur Augsburgener Bürgermeisterin meine ich: Für die Freiheit darf man nicht nur, sondern muss man weiter demonstrieren. Sie und der Frieden gehören zusammen, denn beide haben dieselben Feinde. Gesundheitstotalitarismus und Kriegslogik gehören zu ein- und demselben Symptomkomplex, sind Teil eines patriarchalisch-destruktiven Machtregimes, das uns alle schon so lange in Atem hält, uns Lebensfreude und die Ausgeglichenheit unserer Seelen raubt. Freiheit ist alles andere als ein „Luxusproblem“ und sie ist auch in jedem Krieg eines der ersten Opfer.

Bundesinnenministerin [Nancy Faeser](#) hatte schon Anfang 2022 zum Nicht-Demonstrieren aufgerufen. Wenn sie es schon nicht ganz verbieten konnte, wollte sie Bürgern, die ihr Grundrecht wahrnehmen, doch

wenigstens ein schlechtes Gefühl dabei suggerieren. Wieder, jetzt mit neuem Narrativ, will das Corona-Regime Protest delegitimieren – schlicht, weil dies für die Akteure bequemer ist.

Jede nur denkbare Finte wird eingesetzt, und auf alle fallen immer wieder sehr viele Bürger herein. Erst wurden Grundrechts-Demonstranten in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt, jetzt ist ihr Tun eine Verhöhnung der ukrainischen Opfer. Dabei stellt gerade dies einen Missbrauch der Opfer des Russland-Ukraine-Kriegs dar: dass man sie instrumentalisiert, um Freiheitsbewegungen in nicht direkt beteiligten Staaten argumentativ niederzuknüppeln.

Mal ganz abgesehen von der nationalen und auch internationalen Bedeutung des Corona-Themas, die zu bestreiten gerade denen nicht zukommt, die es so lange aufgebläht haben – was hier geschieht, geht uns allen als Bewohnern des Landes buchstäblich nahe.

Zwar ist die hygienische Sonderoperation in Form eines Greisen-Impfzwangs vorerst vom Tisch, wir können aber nicht mit letzter Sicherheit sagen, ob es Ende dieses Jahres oder im nächsten Jahr noch die volle körperliche Selbstbestimmung für alle Menschen geben wird.

Werden wir über Jahre in einer Endlosschleife aus Lockerung und Verschärfung hängenbleiben? Diese Fragen entscheiden sich jetzt auch auf der Straße. Wenn zu den „Spaziergängern“ in vielen Städten etwas zu sagen ist, dann nur dies: Es sind noch viel zu wenige. Gegen ergänzende Demonstrationen zu anderen politischen Themen habe ich nichts einzuwenden. Auch wenn ich mir bei Friedenskundgebungen wünschen würde, dass sie nicht nur „gegen Russland“ stattfinden, sondern gegen jede Form militärischer Aggression, wie sie auch von Nato-Staaten sowie von rechtsradikalen Freischärlern in der Ostukraine ausgeübt wird.

In ihre Ketten verliebte Gefangene

Die Zahl der Corona-Spaziergänger ist in den letzten Wochen deutlich zurückgegangen. Auf höchstens die Hälfte des Demonstrationsvolumens zu Hochzeiten. Neben dem quasi konkurrierenden Ukrainethema sind wohl auch die weit gehenden Lockerungen des 2. April dafür verantwortlich. „Wo ist das Problem?“ werden jetzt viele fragen. „Es ist doch wieder alles gut.“ Wozu noch für etwas demonstrieren, was uns die

Staatsmacht in ihrer Weisheit und Güte schon längst gewährt hat? Naja, jedenfalls fast.

Wer hätte auch gegen die Maskenpflicht in überfüllten U-Bahnen etwas einzuwenden, angesichts noch immer immens hoher Inzidenzzahlen? Haben nicht also jene Recht behalten, die von einer grundlegend gutherzigen Wesensart der Regierung ausgingen und annahmen, der Alptraum werde mit der Verringerung der Virus-Gefahr ein natürliches Ende nehmen?

So erfolgte in Deutschland die Einweisung ins Gefängnis der Hygiene-Regeln prompt und zackig, die Entlassung gestaltet sich dagegen zäh. Die lange Zeit Gefangenen bleiben noch eine Weile in ihrer Zelle hocken und zögern, durch die offene Tür ins Freie zu treten. Entlassung – was jetzt schon? Das wäre doch nicht nötig gewesen!

In meiner Heimatgemeinde warb das Regionalblatt vor allem für Vorsicht und fing eine sehr lockerungsskeptische Volksstimmung ein – stimulierte diese bei den Lesern natürlich auch gerade durch die Art ihrer Berichterstattung. Der Besitzer eines mir auch persönlich bekannten Kinos meinte, „theoretisch“ könnten die Menschen bei Spätvorstellungen ihre Masken ja am 2. April, um 24 Uhr vom Gesicht reißen, er rate jedoch nicht dazu, er und seine Mitarbeiter trügen weiter „unten mit“. April, April! So ging es wohl auch den Angestellten vieler übereifriger Geschäfts- und Lokalinhaber, die für die coronafrome Mentalität ihrer Chefs in Mithaftung genommen wurden.

Bürgerdressur durch Wechselbäder

Wenn man die unaufgeregt-dankbare Duldsamkeit verstehen will, mit der die meisten Deutschen derzeit aus der „heißen Phase“ der Corona-Krise herausgleiten, dann muss man sich vor Augen führen, wie Machthaber generell gern arbeiten, um sich der Folgsamkeit der ihnen Unterworfenen zu versichern. Ein sehr anschauliches Beispiel „im Kleinen“ bietet der Fall der 1998 entführten Natascha Kampusch, den diese in ihrem Buch „3096 Tage“ helllichtig beschrieb.

Kampuschs Entführer Wolfgang Priklopil arbeitete bei der „Zurichtung“ seines Opfers gern mit Wechselbädern. So ließ er sie zeitweise hungern, um ihre Kooperation zu erzwingen, und schaltete dann

von einem Tag auf den anderen auf Normalmodus um, gab ihr also wieder so viel Essen, wie sie brauchte. Diese plötzlich wieder gewährte Gnade löste in Kampusch große Dankbarkeits- und Euphoriegefühle aus. „Diese Dankbarkeit dem Menschen gegenüber, der einem Essen erst vorenthält und dann vermeintlich großzügig gewährt, ist wohl eines der markantesten Erlebnisse bei Entführungen und Geiselnahmen“, schreibt Kampusch. „Es ist so einfach, einen Menschen an sich zu binden, den man hungern lässt.“

Werden Misshandlungen und die Linderung von Misshandlungen abwechselnd verabreicht, so macht dies die Abhängigkeit der Gefangenen von ihren „Wärtern“ überdeutlich, kann man Unterworfenen wirksam zermürben und gefügig machen. Zugleich sinken auch die Ansprüche. Ergriffen wegen der von ihrem Peiniger „gewährten“ Abdämpfung ihrer Qualen, vermögen sich die Opfer kaum mehr vorzustellen, dass es normal sein könnte – ja ihr gutes Recht –, überhaupt nicht gequält zu werden. Kai Strittmatter macht dies in seinem China-Buch „Die Neuerfindung der Diktatur“ in einem Abschnitt über chinesische Gefängnisse sehr anschaulich deutlich.

„Jemand, der Jahre in einer dunklen Gefängniszelle verbracht hat, verspürt unweigerlich Dankbarkeit, wenn eines der Fenster in seiner Zelle aufgemacht wird und etwas Licht hereinströmt. Wer würde da zusätzlich noch den Mut aufbringen für die Forderung, man möge ihm doch nun bitte auch die Zellentür öffnen.“

Ich weiß, ich riskiere mit meinen Ausführungen den Eindruck, dass wir Journalisten der „Corona-Opposition“ uns noch schwerer tun, das Thema loszulassen, als selbst ein Karl Lauterbach, einer jener Politiker also, die das Thema scheinbar am zähesten am Brennen hielten. Vielleicht hängen wir Corona-Skeptiker in selbstquälerischer Hassliebe quasi an dem Virus-Thema fest, als würden wir einen nach mehrfachem Gebrauch schon ganz geschmacklosen Kaugummi nochmals in den Mund nehmen, um ihm auch noch die letzte Spur des beliebten Mint-Geschmacks abzugewinnen. Ich bin mir dieser Gefahr durchaus bewusst und würde an und für sich ganz gern mal über etwas anderes schreiben. Schließlich sind die „neuen“ Themen – Ukraine zuvörderst – anspruchsvoll genug.

Leider ist dies aber noch nicht der Schluss der Veranstaltung. Jedenfalls sehr wahrscheinlich nicht. Es drohen uns noch eine ganze Reihe von Gefahren:

Corona und kein Ende

- Die Verlängerung der Maßnahmen auf Länder- und regionaler Ebene, wie jetzt noch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht auch im Falle von wieder steigenden Inzidenzzahlen.
- Eine Form von „Privatjustiz“ in bestimmten Geschäften und Einrichtungen, die aufgrund ihres „Hausrechts“ verfügen können, dass in ihrem Etablissement noch Maskenpflicht, 3G und ähnliches gelten müssen – selbst, wenn dies staatlicherseits nicht mehr befohlen wäre. Der Bürger müsste dann noch immer beim Betreten eines Geschäfts bangen, ob der Inhaber eher streng oder locker mit Corona umgeht.
- Die verbleibende Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln – keine Bagatelle für jene, die häufig darauf angewiesen sind.
- Ein plötzliches Comeback von Maßnahmen, wie es in Österreich mit der [Wiedereinführung der Maskenpflicht](#) geschah. Wenn „Lockerungs-Genießer“ jetzt in die Vergnügungstempel strömen, könnte es zu einem deutlichen Wiederanstieg der Inzidenzzahlen kommen. Corona-Hardliner könnten argumentieren: „Sehr ihr, es war einfach zu früh gewesen!“ Ein solches Hin und Her ist mitunter demütigender, bringt uns unsere Machtlosigkeit noch stärker zu Bewusstsein als ein stabil-negativer Zustand, mit dem man sich eingerichtet hat.
- Nicht wenige Mitbürger treten, auch ohne, dass dies staatlich befohlen wäre, weiterhin unverdrossen mit Maske auf. Mehr noch: Sie könnten sich den Nicht-Maskenträgern gegenüber unfreundlich verhalten und so eine Art indirekten Masken-Trage-Druck erzeugen. Christian Drosten riet in diesem Zusammenhang zu freiwilligem Maskentragen im Sinne „[asiatischer Höflichkeit](#)“. Bill Gates verglich Menschen, die die Maske nicht gern tragen, mit „[Nudisten](#)“. „Ich meine, wir werden darum gebeten, Hosen zu tragen, und kein Amerikaner, oder nur sehr wenige, wehren sich dagegen.“ Damit ist klar: Sich so zu benehmen, wie noch 2019 üblich, ist laut Drosten unhöflich und nach Gates geradezu obszön. Der ideale Staatsbürger im Deutschland wäre wohl eine Mischung aus dem fügsamen, totalüberwachten Massenmenschen, wie ihn der chinesische Machtapparat will, und der in islamistisch regierten Ländern aus „moralischen“ Gründen halbverschleierten Frau.

- Noch immer ist die schändliche „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ in Kraft. Die Schreiben vom Gesundheitsamt, die auf sofortigen Nachweis des Geimpftenstatus drängen, werden bereits versandt. Bald dürften [Bußgelder anfallen](#). Solange diese Drohung nicht vom Tisch ist, wäre es unsolidarisch gegenüber Betroffenen, jetzt mit Protestaktivitäten aufzuhören, nur weil man selber jetzt vielleicht wieder öffentlich Kaffee und Kuchen genießen „darf“.
- Die Krankheitsanfälligkeit vieler Menschen könnte sich durch die belastende politische Großwetterlage erhöhen, auch durch Versorgungsengpässe oder das Gauck'sche „[Frieren für die Freiheit](#)“. Joachim Gauck, der sich gern als Einpeitscher der Nation inszeniert, hat es generell nicht so mit dem Glück – es sei denn, es handelt sich um sein eigenes, denn seine Pfründe als Alt-Bundespräsident sind auf hohem Niveau gesichert. Schon 2012 gab Gauck anlässlich des ja offenbar dringend notwendigen Afghanistan-Einsatzes [zu Protokoll](#): „Und dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“ Und erst unlängst, im Zusammenhang mit dem laufenden Russland-Ukraine-Krieg: „Und wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.“ Der in der Unabhängigkeitserklärung der USA zum Ideal erhobene „pursuit of happiness“ wird in der Gauck'schen Variante zu einem „Sich-Fügen in sein Unglück.“
- Die Krankheitsanfälligkeit könnte sich auch in der Folge von verbreiteten Impfschäden erhöhen. Die Antwort der Politik wäre dann gewiss: mehr Impfungen. Auch deshalb könnte es zu der offenbar erwünschten hohen Auslastung der Intensivstationen im Herbst wieder kommen.

Befreiung oder Hafturlaub?

Dies sind einige der Gefahren, die sich aus einem quasi schwebenden Corona-Verfahren ergeben. Man kann dabei auch an Kafkas Roman „Der Prozess“ denken, in dem der Protagonist Josef K. zwar auf freiem Fuß ist, sein Leben aber von etwas Dunklem, Bedrängendem überschattet weiß, das ihn zu fortdauernden, quälenden Überlegungen und Aktivitäten zwingt. Eine mögliche Hypothese zur derzeitigen Lage nach dem partiellen „Freedom Day“ wäre: Es besteht eine ernsthafte Absicht der Staatsmacht, uns aus der Verpflichtung, Corona auf Schritt und Tritt unsere Reverenz zu erweisen, dauerhaft zu entlassen – manche

Politiker sind nur noch etwas vorsichtig und wollten sich lieber Zeit lassen.

Eine weitere Variante wäre: Die Politik hat die Absicht, die Menschen durch Angst, Panik und Krisen in einem Dauer-Schockzustand zu halten. Da die Verantwortlichen aber mit der Wirkung des Ukraine-Kriegs und anderer, sich derzeit andeutender Krisen zufrieden sind, halten sie die Aufrechterhaltung der Corona-Panik nun nicht mehr für notwendig. Wir werden von Corona relativ frei sein, jedoch unter anderen Vorwänden stets am Gängelband geführt werden. Daher war das Auftauchen eines anderen, ausreichend zugkräftigen und beängstigenden Nachrichtenthemas auch die Voraussetzung für die jetzt „gewährten“ Lockerungen.

Eine dritte Hypothese ließe sich zusammenfassen mit „einen Schritt zurück, dann wieder zwei Schritte vorwärts“. Die Mächtigen gönnen uns jetzt Hafturlaub, um dann – mit Blick auf wieder steigende „Zahlen“ – im Herbst und Winter noch brutaler zuzuschlagen. Selbst die Impfpflicht könnte wieder auf den Tisch kommen, denn die Unterlegenen des 7. April sinnen gewiss auf Rache.

Austeritätspolitik „gegen Putin“

Ungünstig könnte sich die Gewöhnung an andauernde Schocknarrative und Aufforderungen zum „Durchhalten“ auswirken. Gemäß der Gauck-Direktive („Weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben“) werden die Menschen daran gewöhnt, von vornherein ihre Anforderungen an Lebenszufriedenheit herabzuschrauben. Das gilt für den Freiheitsaspekt ebenso wie für den Seelenfrieden und die finanzielle Sicherheit.

Das Selbstwertgefühl der Menschen wird so immer weiter herabgesetzt, was es im zweiten Schritt leichter macht, ihnen weitere Zumutungen abzuverlangen. Angesichts tatsächlich stattfindender Verbrechen von russischer Seite entwickelt das „Gegen-Putin“-Narrativ eine starke Zugkraft. Von Frieren, über Konsumverzicht bis hin zu Arbeitslosigkeit, Existenzverlust und Armut in der Folge von Preiserhöhungen reicht die Palette möglicher politisch korrekter Austeritätsübungen, die uns der Krieg angeblich abverlangt.

Sind wir erst einmal im Opfer- und Verzicht-Modus und haben wir uns dem Pathos einer nationalen Kraftanstrengung ergeben, kann man uns im zweiten Schritt auch sicher eine neue Pandemie – oder die Fortsetzung der alten – leichter verkaufen.

Die Deutschen kennen dann ja schon fast nichts anderes mehr als ein Leben in Bedrückung, Einschränkung und pekuniärem Abwärtssog, begleitet von der Tröpfchenfolter medialer Durchhaltepropaganda.

Und wer würde angesichts tatsächlich verheerender Bilder aus der Ukraine nicht seinem Schöpfer danken, in einem Land zu leben, in dem ihm nicht Schlimmeres droht als ein „Lappen vor dem Mund“ und gegebenenfalls ein paar Impfschäden?

Freiheitskepsis statt Freudenfest

Viele haben sich das Ende der Corona-Einschränkungen in den letzten zwei Jahren wohl anders vorgestellt: eher als ausgelassenen, euphorischen „Tanz auf der Mauer“. Was jetzt geschieht, ist eher, dass wir lust- und temperamentlos aus der heißen Phase der Krise herausgleiten.

Zum Teil liegt dies sicher daran, dass unsere Freiheit noch nicht wieder auf dem Niveau von 2019 angelangt ist. Eher gleich die Entwicklung der aus der Mathematik bekannten Asymptote, die sich dem Nullpunkt – gemeint ist hier: dem Punkt der Freiheit – immer weiter annähert, ihn aber nie ganz erreicht. Die Deutschen – Regierung und Volk – lavieren, zweifeln und wägen. Da es kein klares Ende gibt, verzögern sich auch notwendige Prozesse der Bewusstwerdung und der Aufarbeitung.

Es bleibt eine peinliche Schande, dass wir unsere Freiheit nicht selbst zu erkämpfen vermochten, dass wir sie uns nicht einfach genommen haben und lieber abwarteten, bis selbst ein Karl Lauterbach – getrieben von der FDP – widerwillig hervorpresste: „Na gut“.

Wir leben nicht mehr zur Gänze im System Corona, aber das System lebt noch immer in uns.

Natürlich gibt es für die Zurückhaltung der Deutschen auch ein paar rational nachvollziehbare Gründe: Laut offiziellen Zahlen ist die Ansteckungsgefahr derzeit noch immer hoch, und obwohl „Omikron“ meist ziemlich harmlos verläuft, kann man sich ja vorsichtshalber noch an die alten Regeln halten.

In Deutschland wird daher so ziemlich alles „vorsichtshalber“ getan. Es herrscht noch ein weit verbreitetes Desinteresse an Freiheit. Es kann sein, dass im Sommer, mit wärmerem Wetter, sinkenden Inzidenzen und der Gewöhnung an das viele „Erlaubte“, einiges besser wird. Aber die Unterwerfung ist ein ausgetretener Pfad, den viele im Herbst schnell wieder finden werden, wenn sie in der Wildnis einer ungewohnten und im Grunde ungeliebten Freiheit nach Orientierung suchen.

Ebenso bezeichnend ist hier aber die Strategie der Verantwortlichen, die überwiegend darin besteht, sich aus der Verantwortung zu stellen.

- Durch Ablenkungsmanöver und Ablenkungsthemen wie Ukraine.
- Durch Leugnung ihrer Schuld.
- Durch Beendigung des von ihnen verschuldeten Zustands, jedoch ohne Reue, ohne Entschuldigung und ohne Wiedergutmachung. Dies entspricht – zieht man ein Beispiel aus der Kriminalistik heran – der Freilassung einer entführten Person, ohne Konsequenzen für den Täter und ohne sich daran anschließende Fürsorge für das Opfer.
- Durch Sicherung der eigenen Posten und Pfründe.
- Durch Vertuschung der Folgen der Tat, zum Beispiel der Impfnebenwirkungen, der kollektiven psychischen und wirtschaftlichen Schäden.

Ein Einzelner zeigt Anstand

Nötig wäre also eine „Stunde Null“, ein Zeitpunkt, an dem das Scheitern der Corona-Politik nicht mehr zu übersehen ist und von den Verantwortlichen auch zugegeben wird. Die Entschuldigung des Journalisten Ulrich Jörgens bei den Ungeimpften gibt ein anrührendes Beispiel dafür, was nötig wäre, um einen gesellschaftlichen Heilungsprozess zumindest anzustoßen – seine Vollendung bräuchte ohnehin Zeit. Jörgens sagte am 18. März 2022 in [Bild TV](#):

„Die Ungeimpften sind ein kleines Stück ins Leben zurückgekommen. Sie können wieder teilnehmen am Leben, nachdem sie vorher unverschämt und systematisch diskriminiert und ausgeschlossen wurden. Mein Bild von Deutschland hat das verändert. Ich sehe Deutschland heute anders und ich schäme mich dafür. Und da niemand

den Mund aufkriegt in dieser Hinsicht, will ich heute den symbolischen Schritt wagen: Ich bitte die Ungeimpften um Verzeihung.“

Diese Entschuldigung blieb jedoch auch fast drei Wochen danach immer noch ein Einzelfall. Und es war der Falsche, der sich entschuldigte. Diese Geste müsste von einer großen Anzahl von Repräsentanten des Corona-Geschehens ausgehen, von Politikern, von Polizisten und Mitarbeitern des Gesundheitsamts, aber auch von Virologen und ebenfalls den Direktoren von Schulen, in denen ein besonders strenges Hygiene-Regime zum Schaden der Kinder herrschte. Reue im Großen wie im Kleinen. Und natürlich nicht nur gegenüber den Ungeimpften – es gibt weitere Opfer, und einige hat es härter getroffen als etwa jene, die für einige Monate auf den Besuch von Restaurants und Kinos verzichten mussten.

An eine Entschuldigung müsste sich aber auch ein klares öffentliches Bekenntnis zu den dem Corona-Regime entgegengesetzten Werten anschließen: vor allem zur Freiheit und zur unbegrenzten Gültigkeit der Grundrechte.

Nötig wäre ein entschiedenes „Nie-wieder“. Denn so unwahrscheinlich es scheint, dass aufgrund eines solchen Schwurs tatsächlich nie mehr der Despotismus sein Haupt erhebt – ohne eine solche klar bekundete Absicht wird sich mit Sicherheit nichts Entscheidendes ändern.

Alle an Täterstrukturen Beteiligten müssen ihre Ämter verlieren. Eine Ächtung der Täter wie auch ihrer Narrative und jener Organisationen, die sie vertreten, müsste einer wirklich tiefgehenden Aufarbeitung des Geschehens vorausgehen. Beteiligte Gruppierungen müssten aufgelöst oder, wo dies – wie im Fall der Bundesregierung – nicht möglich scheint, personell erneuert werden. Als Vorbild für eine Aufarbeitung der Krise kann der Corona-Ausschuss der Rechtsanwälte [Viviane Fischer und Reiner Fuellmich](#) gelten.

Verweigerte Entschädigung

Auch über Entschädigungen müsste nachgedacht werden. Das Ausmaß der Leiden von Betroffenen verböte leider Geldzahlungen in spürbarer Höhe an alle, die eigentlich darauf Anspruch hätten. Hier ginge es zunächst darum, in extremen Fällen zu helfen. Bei schweren Impfschäden und psychischen Abstürzen

zum Beispiel. Bei Menschen, die wegen der Lockdowns ihre berufliche Existenz verloren haben.

Es geht nicht an, dass das „Ende von Corona“ verkündet und gar schwere Fehler zugegeben würden, ohne dass man zum Beispiel Menschen, die als Ungeimpfte ihren Job verloren haben, rehabilitierte. Ein Opferfond müsste aufgelegt werden, in den verurteilte Täter einzahlen müssten. Da über diesen Weg aber zu wenig Geld zusammenkäme, könnten auch die Gewinne der Pharmafirmen sowie Masken- und Testhersteller abgeschöpft werden, deren Produkte bei vielen Menschen Beschwernis und Leid verursacht haben.

Ein solches Szenario scheint unwahrscheinlich, denn selbst wenn allgemein anerkannt wäre, dass bestimmte Akteure grobe Fehler gemacht haben, würden sich diese immer noch damit herausreden können, dass ihnen die Folgen ihres Handelns nicht bewusst waren. Schließlich können ja auch positive Wirkungen der Maßnahmen – etwa eine geringere Zahl von Infizierten und Toten – nie ganz ausgeschlossen werden. Ja, es ist sogar wahrscheinlich, dass es neben den negativen auch solch positiven Effekte gab. Wenn man Menschen ihrer Freiheit beraubt und jeglichen Kontakt zwischen ihnen unterbindet, gibt es keine Infektionen mehr. Immer zuhause zu bleiben – wie wir es aus bestimmten Agoraphobie-Thrillern kennen – schützt auch davor, Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden. Aber wollen wir wirklich so leben?

Können wir vergeben?

Abgesehen davon, dass uns niemand außer Ulrich Jörges darum gebeten hat – würden wir vergeben können? Der Akt des Vergebens ist sicher spirituell hochwertig. Zu verzeihen, hilft als innere Haltung auch, um inneren Frieden wiederzuerlangen. Täter freigiebig aus ihrer Verantwortung zu entlassen, ist dagegen zweischneidig. Die Betroffenen hätten dann keine Gelegenheit, ihr Verhalten zu reflektieren.

Ja, sie kämen mitunter nicht einmal auf die Idee, sie könnten etwas falsch gemacht haben. Es gäbe für niemanden – weder im Privatleben noch auf der großen politischen Bühne – irgendeinen Anreiz, „beim nächsten Mal“ etwas anders zu machen. Absolut nichts spräche dann gegen eine „Reinszenierung“ des Dramas – sei es im Zusammenhang mit einer neuen Variante des Coronavirus, sei es wegen einer ganz

neuen Krankheit.

Daher ist es in diesem Fall gut, „nachtragend“ zu sein, so negativ das Wort auch klingen mag. Den Menschen, bei denen man Fehlverhalten festgestellt hat, sollte dieses nachgetragen werden.

Das bedeutete, darauf hinzuweisen, welches Leid sie mitverursacht oder geduldet haben. Den Finger darauf zu legen, wenn wieder einmal eine Lüge geplatzt ist, wenn sich herausgestellt hat, dass Impfn Nebenwirkungen schlimmer sind als gedacht, dass Impfungen schlechter schützen als gedacht, dass [Maske-Tragen Kindern erheblichen Schaden zufügt](#), dass Länder, die früher „gelockert“ haben, jetzt gut dastehen, zum Beispiel Schweden mit einer Inzidenz von aktuell fast null, dass die Gewinne der Pharmafirmen immens sind, dass Millionen Impfdosen bestellt und teilweise nicht „verspritzt“ wurden und so weiter.

Die Poety-Slammerin [Lou Rodrian](#) sagte am Ende ihres Videos „Wunder(r)n“:

„Am Ende sollten wir vergeben. Und ich verspreche, ich werde versuchen, mein Herz zu überreden. Dennoch merke ich, die Wunden sind tief, dass der Schmerz schon lange in mir schlief, weil ich nicht verstehe, dass ihr nicht seht, was ich sehe.“

+++

Dieser Beitrag erschien zuerst im [Rubikon - Magazin für die kritische Masse](#).

+++

Bildquelle: shutterstock / Iven O. Schloesser